auch in dieser Hinsicht in einem großen Irrtum, denn die Gewerkschaftsinstanzen denken garnicht daran, diese „Selbstverständlichkeit" durchzuführen. Dieses beweist ganz deutlich der „Vorwärts" in seiner Morgenausgabe vom 24. Oktober. Dort wehrt sich der Bearbeiter der „Gewerkschaftsbewegung" gegenüber den Auslassungen einer Berliner Zeitung folgendermaßen:

„Ein Berliner Abendblatt hat gestern mit dieser Balkenüberschrift („Gewerkschaften fordern 15 Prozent Lohnerhöhung") seine Titelseite geziert. Weitere Ueberschriften: „Neue Lohnkämpfe auf der ganzen Linie", „Gespannte Lage in der Industrie", „Geschlossenes Vorgehen aller Gewerkschaften" sollen die Sensation verstärken, die durch einige dürftige Angaben zu rechtfertigen versucht wird.

Den Gewerkschaften wird durch solche Tartarenmeldungen keineswegs gedient. Ihre Lohnbewegungen eignen sich nun einmal nicht zu Sensationszwecken. Es ist falsch, zu behaupten, die Gewerkschaften fordern 15 Prozent Lohnerhöhung, selbst dann, wenn zufällig die Forderungen einiger Gewerkschaften sich gleichzeitig auf dieser Linie bewegen.

Jede Gewerkschaft bestimmt selber darüber, ob, wann und mit welchen Forderungen sie in eine Lohnbewegung eintritt. Das sind für jede einzelne Gewerkschaft Fragen der Taktik, die im wesentlichen von der Arbeitsmarktlage abhängig sind. **Von einem geschlossenen Vorgehen aller Gewerkschaften kann schon deshalb keine Rede sein . . .**

Zurzeit ist „von Lohnkämpfen auf der ganzen Linie", zumal in Berlin, keine Rede."

Diese „Richtigstellung" von Gewerkschaftsseite im „Vorwärts" ist nichts mehr und nichts weniger als eine förmliche Entschuldigung der gewerkschaftlichen Kapitulationspolitik bei der Bourgeoisie, daß man ihre „Klassenkampforganisationen" verdächtigt, durch ein geschlossenes Vorgehen eine gespannte Lage heraufbeschwören wollen. Für eine solche „Sensation" können sich die Gewerkschafts-Instanzen beim besten Willen nicht begeistern, denn das wäre ja eine bedenkliche Störung des Wiederaufbaus der kapitalistischen „Volkswirtschaft, welcher doch das A und O ihrer gesamten Politik ist. Das Kapital kann wirklich nach dieser Richtung hin beruhigt sein: umsomehr, da ja die gewerkschaftliche Praxis der letzten Jahre doch gewiß eine Garantie gegen derartige Seitensprünge ist.

Die Proletarier aber, die nun in den Gewerkschaften noch Stützpunkte eines einheitlichen proletarischen Machtkampfes gegen das Kapital sehen, werden noch sehr oft über „Verrat" der Instanzen ein großes Geschrei erheben. Sie werden noch sehr oft ergebnislos verlangen, daß ihre 52 „Kampf"organisationen geschlossen in eine Lohnbewegung eintreten sollen und werden trotz aller „Revolutionärerei" es nie erleben, daß ihre Gewerkschaften eine Waffe zum Sturze des Kapitals werden. Anstatt allerlei schönen Wünschen und Illusionen nachzujagen, müssen die Proletarier eben erkennen, daß eine Organisation, welche durch die Entwicklung und ihre innere Struktur zu Bollwerken des Kapitals geworden ist, nicht zu erobern ist für den proletarischen Befreiungskampf, sondern zertrümmert werden muß, um dadurch den Kakaien der Bourgeoisie das Handwerk für immer zu legen.

Aus der Jugendbewegung

Sinowjews Dank an die Ruhrkämpfer der KJI.

Als im Januar 1923 das französische Industriekapital aus nationalen Profitgründen zur Ruhrbesetzung schritt, um sich Pfänder in Gestalt von Industrieanlagen zu sichern, erhob sich in Deutschland bekanntlich bis in die Reihen der Arbeiterschaft hinein ein Sturm nationaler Entrüstung. Es zeigte sich, daß das deutsche Proletariat seine Klassenaufgaben noch nicht erkannt hatte. Unter Führung der parlamentarischen Parteien und Gewerkschaften verfocht es nicht seine Interessen, sondern die der Stinnes, Klöckner und Krupp und bewies mit dieser Einheitsfront objektiv den schmählichsten Klassenverrat. Es ist bekannt, daß in dem deutsch-französischen Prozentkrieg an der Ruhr die KPD. und ihre Jugendorganisation, die KJD., als die tüchtigsten Streiter für die Profitinteressen des deutschen Schwerkapitals sich erwiesen. Beide Organisationen handelten offensichtlich im Auftrage des „nep"-kapitalistischen Rußlands, welches in der Ruhrbesetzung eine Gefährdung seiner Außenhandelsbeziehungen mit Deutschland erblickte. Folgende Sätze der „Roten Fahne" vom 19. Juni 1923 bezeugen klar die nationalistische Einstellung der KPD. zum Ruhrkrieg und seien deshalb nochmals hier wiedergegeben:

„Aber das deutsche Proletariat und die deutschen arbeitenden Massen sind sich bewußt daß die Geschicke der Nation und die Würde derselben in ihren Händen liegen. Mit Verachtung stoßen die deutschen Arbeiter die Hand der deutschen Bourgeoisie von sich, die sie auf den Rücken klopft, um ihren Patriotismus anzuerkennen. Als Klasse, die sich bewußt ist, daß sie die Grundlage der Nation bildet, die sie morgen repräsentieren werden, werden die deutschen Arbeiter ihre nationale Würde den feindlichen Kapitalisten gegenüber zu wahren wissen, wie sie ihre proletarische Würde den deutschen Kapitalisten gegenüber hochzuhalten haben. Nationale wie proletarische Interessen fließen gemeinsam."

Die KPD. trat damit auf die Seite der deutschen kapitalistischen Bourgeoisie im Auftrage „Sowjet"rußlands, das, wie schon gesagt, im Interesse seines eigenen kapitalistischen Wiederaufbaus verhindern wollte, daß das Ruhrgebiet in die Hände des französischen Imperialismus fiel.

Auf dem diesjährigen fünften Weltkongreß der Komintern hat nun Sinowjew, der Repräsentant des russischen Staates, den tapferen nationalen Streitern seinen Dank ausgesprochen. Er sagte unter anderem:

„Wir gedenken der heroischen Arbeit, die die französische und deutsche Kommunistische Jugend im Ruhrgebiet geführt haben. Wie wir auch gesagt haben, waren wir noch verhältnismäßig schwach, und konnten nicht im entsprechenden Maße auf die Ruhrereignisse reagieren. Die Tatsache bleibt jedoch Tatsache: nur die deutsche wie die französische kommunistischen Parteien haben unter der Leitung der kommunistischen Internationale von Anfang der Ruhrbesetzung an ihre Pflicht getan. Und die deutschen wie die französischen kommunistischen Jugendlichen haben diese Pflicht mit Ehren erfüllt, wofür sie in den letzten Monaten 150 Jahre Gefängnis erhalten haben. Es versteht sich von selbst, daß unser Kongreß nicht umhin kann, seinen brüderlichen Gruß an die deutschen wie die französischen kommunistischen Jugendlichen zu senden."

Das ist die Quittung, die die KP. und KJ. erhalten haben für geleistete Handlangerdienste zugunsten des russischen Kapitalismus. Dieser Dank klingt gleich einer Verhöhnung für diejenigen, die nach einem Jahr schwerer Kerkerhaft den größten Schwindel, der je in der Welt vorkam und zu dessen Opfer sie ausersehen waren, erkannt haben. Aber auch in den Reihen derjenigen, die das Glück hatten, nicht von den französischen Schergen gefaßt zu werden, reift die Erkenntnis, daß sie dereinst mißbraucht worden sind. Denn immer mehr lichtet sich die Front der KJ., und unsere Aufgabe ist es, den für die subjektiven Voraussetzungen der Revolution so unheilvollen nationalistischen Einfluß von den Jungproletariern abzuwehren.

Wir haben die Pflicht, die Mitglieder und Anhänger der KJ. auf die schlichten, aber inhaltsschweren Worte des „Kommunistischen Manifestes" hinzuweisen: Daß das Proletariat nicht etwas verteidigen kann, was es nicht besitzt: die Arbeiterklasse der ganzen Welt hat kein Vaterland („Nation") folglich hat sie auch keines zu verteidigen. Es gilt weiter für uns, den Jungproletariern der KJ. den unerbittlichen Lauf der Geschichte aufzuzeigen. Daß Rußland als einziger proletarischer Staat sich nicht mehr halten konnte, weil es mit dem Ausbleiben besonders der mittel- und westeuropäischen Revolution (die ihm allein nur positive Hilfe bringen konnte) Schritt für Schritt vor der kapitalistisch gesonnenen eigenen Bauernmehrheit, wie auch vor dem gesamten Weltkapitalismus zurückweichen mußte. So niederdrückend diese Tatsache auch für das Proletariat sein mag so hat es jedoch keine Ursache, vor den wirklichen Dingen wie der Vogel Strauß, den Kopf in den Sand zu stecken, wenn es nicht unter die zermalmenden Räder der Geschichte geraten will. Es muß vielmehr den Kampf aufnehmen gegen das heutige Gesellschaftssystem und all seine Stützen, welche ihren klassenfeindlichen Einfluß weit in die Reihen der Arbeiterschaft tragen. Die gefährlichsten dieser kapitalistischen Handlanger sind heute in erster Linie immer noch die parlamentarischen Parteien und reformistischen Gewerkschaften. Solange diese Stützpunkte der herrschenden Bourgeoisie nicht zerschlagen sind, wird der Leidensweg der Arbeiterschaft sich ins Endlose verlängern und den Proletariern weitere Niederlagen bescheren. Niederlagen, wie sie die letzten Jahre zur Genüge zeitigten: die die Schlagkraft des Proletariats lähmten und viele Arbeiter ins Lager der politischen Indifferenz trieben.

Genossen wir, die Jugend, müssen es sein, welche mithelfen, diese verheerenden Wirkungen samt ihren Ursachen zu beseitigen. Wir müssen alle Kräfte ansetzen, das Jungproletariat mit den älteren Klassengenossen in den Betrieben und Stempelstellen einer eisernen Phalanx zusammen zu schweißen zu dem Zweck, die heutige kapitalistische Ordnung zu stürzen, um somit der proletarischen Revolution zum Siege zu verhelfen, welcher seinen Ausdruck findet in der Aufrichtung der proletarischen Klassendiktatur.

Aus den Bezirken

Bezirkskonferenz Rheinland-Westfalen

Am **Sonntag, den 2. November 1924,** fand in **Barmen** die **Bezirks-Konferenz der AAU.** mit folgender Tagesordnung statt: 1. Politische Lage; 2. Taktik; 3. Stellungnahme zur Reichskonferenz; 4. Organisatorisches, a) Bericht des BAA., b) der Gruppen, c) Kassenbericht; 5. Vruk; 6. Verschiedenes. Vertreten waren die Gruppen: Barmen, Elberfeld, Ronsdorf, Essen, Düsseldorf, Benrath, Köln und Nachrodt. Außerdem die Bezirksleitungen der Partei, Jugend und Union, die Vruk, die KAP. und KAJ. Köln, sowie eine Anzahl Gäste. Entschuldigt hatten sich die Gruppen Bonn und Duisburg. Die anderen Gruppen fehlten unentschuldigt.

Zu Punkt 1, Politische Lage, führte der Referent aus, daß wir infolge der Auswirkungen der Dawes-Gesetze, und die dadurch bedingten Maßnahmen des Kapitals, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet in Kürze vor schweren wirtschaftlichen Kämpfen stehen werden, die ihren Schatten heute schon im Bergbau und bei den Eisenbahnern vorauswerfen. In internationalem Maßstabe sehen wir den imperialistischen Konfliktsstoff sich anhäufen. Amerika, England, Italien usw. haben mit wachsenden Schwierigkeiten zu kämpfen. In China prallen die imperialistischen Gegensätze offen aufeinander. Der Faschismus erlebt seinen Bankrott, in dem er nirgends die Klassengegensätze zu überbrücken und die wirtschaftliche Krise zu lösen vermochte. Die Länder der faschistischen Diktatur schwenken langsam mit in die sogenannte „pazifistische" Aera ein, um dem heimischen Kapital die Möglichkeit einer politischen Festigung zu geben. Dort, wo dies infolge der „Arbeiter-Regierungen" usw. zum Teil möglich war, entledigt sich die Bourgeoisie auch sofort wieder ihrer pazifistischen Maske. Das Beispiel Sachsen liefert uns der Ausgang der Wahlen in England.

In Deutschland soll jetzt ähnliches vor sich gehen. Die Bourgeoisie braucht zur Durchführung ihrer Dawes-Pläne einen entsprechenden politischen Ueberbau. Diesen sollen die Neuwahlen liefern. Im Zeichen des „Reichsbanners" kämpfen Sozialdemokraten, Demokraten und schwerkapitalistisches Zentrum in einer Front. Auch das in der Volkspartei und bei den Deutschnationalen vertretene Schwerkapital reiht sich in diese Front ein. Es bestehen zwischen allen, trotz des scheinbaren Bekämpfens, keine prinzipiellen, sondern nur graduelle Unterschiede. Ihr gemeinsames Ziel ist die Erhaltung der bestehenden Ausbeuterordnung. Die KPD. tanzt in dieser Einheitsfront als Oppositionspartei mit. Sie macht die groteskesten Sprünge, um vor den Augen der Proletarier ihr konterrevolutionäres Beginnen als revolutionär hinzustellen. Der am heutigen Tage stattfindende Betriebsrätekongreß ist die schlimmste Verschandelung des Rätegedankens. Die Politik der KPD., die Gewerkschaftstaktik usw. muß notgedrungen in ihren ganzen Auswirkungen zur Versklavung und Niederlage der Arbeiterklasse führen.

Ungeheuer groß sind dieser vereinigten Front der Konterrevolution gegenüber die Aufgaben der in der AAU. organisierten revolutionären Arbeiter. Unter Führung der KAPD. muß sie unter dem alten Schlachtruf „Alle Macht den Räten" den Kampf gegen das bürgerliche Parlament aufnehmen und bei den kommenden wirtschaftlichen Kämpfen alles tun um diese umzuformunzen in revolutionäre Machtkämpfe zum Sturz der bestehenden Ausbeuterordnung. Eine festgefügte, starke und einheitliche Organisation ist dazu notwendig und der Kampf und die revolutionäre Arbeit in den kommenden Wochen muß darum gehen, alle revolutionären Arbeiter in die Klassenfront der AAU. einzureihen.

Von einer Diskussion über das Referat wurde abgesehen und der Referent zu Punkt II, Taktik, erhielt das Wort. Er behandelte zuerst die Frage der Todeskrise des Kapitals. Wenn auch die Konzentrations- und Akkumulationsbewegungen des internationalen Kapitals noch nicht abgeschlossen sind, so fehlt doch jede Möglichkeit von Gewinnung neuer Absatzgebiete und der Kampf der imperialistischen Mächte geht um die Vorherrschaft der vorhandenen Absatzgebiete. Die wirtschaftliche Krise wird jedoch hierdurch nicht behoben, sondern schreitet unaufhaltsam fort und häuft immer neuen Konfliktsstoff zu imperialistischen Auseinandersetzungen. Es ist deshalb richtig, von einer Todeskrise des Kapitals zu sprechen. Der Referent behandelte dann die im Kampfruf zur Taktik veröffentlichten Leitsätze von Berlin und Düsseldorf. Er zeigte auf, daß die Düsseldorfer Leitsätze gegenüber unserer sich aus der Erkenntnis von der Todeskrise des Kapitals ergebenden Taktik nicht richtig sind und zerpflückte dann die Berliner Leitsätze, die im wesentlichen nur den schon seit dem vorigen Jahr von Rheinland vertretenen Standpunkt decken.

Ueber diesen Punkt setzte eine lebhafte Diskussion ein. Es herrschte bei den Delegierten eine fast einmütige Auffassung, die auch dadurch zum Ausdruck kam, daß die im „Kampfruf" Nr. 37 veröffentlichten Berliner Leitsätze gegen die Stimmen von Düsseldorf angenommen wurden.

Im III. Punkt, Stellungnahme zur Reichskonferenz, wurden die vorliegenden Anträge behandelt:

1. Solidarität: Es lag der Berliner und ein Barmer Antrag vor. Letzterer wollte noch eine Festlegung des technischen Verhältnisses. Nach Diskussion wurde einstimmig der Berliner Antrag, mit dem Zusatz daß das bisherige Verhältnis 20 zu 1 beizubehalten sei, angenommen.

2. Maifeier: Hierzu lagen ein Berliner und ein Kölner Antrag vor. Der Kölner Antrag verlangte, daß am 1. Mai überall von uns eigene Versammlungen stattfinden sollen. Dem wurde gegenübergehalten, daß es nicht gilt den Namen der Parolen für den 1. Mai zu ändern und statt Kampf für den Achtstundentag, Kampf für die Diktatur hinzusetzen, sondern daß der 1. Mai benutzt werden muß, durch intensive Propaganda aller Unionsgenossen eine ideologische und organisatorische Umwälzung bei den Proletariern herbeizuführen und so den Kampf für die proletarische Diktatur vorzubereiten. „Demonstration" für die proletarische Diktatur ist Unsinn. Der Berliner Antrag wurde angenommen.

3. Internationale Verbindungen. Ein Antrag von Barmen wurde angenommen, der vom KAA. bessere internationale Arbeit verlangt.

4. Jugend. Der Essener Antrag, der bereits an den KAA. eingesandt ist, und eine aktive Förderung und Unterstützung der Jugendbewegung verlangt, fand einstimmige Annahme.

Punkt Wahlen. Ein Barmer Genosse wurde als Delegierter gewählt. Die Umlage zur Finanzierung ist gut abgerechnet worden, so daß noch ein Ueberschuß verbleibt, der auf Beschluß der Konferenz der Vruk überwiesen wurde.

Punkt IV Organisatorisches. BAA. und Gruppen berichteten. Die Arbeit ist ungeheuer schwer. Von seiten der SPD. und KPD. in den Versammlungen starker Terror gegen uns. Verschiedentlich haben eigene öffentliche Versammlungen stattgefunden. Die Verbindungen der Gruppen mit dem BAA. ließen zum Teil sehr zu wünschen übrig. In einigen Gruppen findet eine langsame Aufwärtsentwicklung statt. Benrath hat sich neu konstituiert und arbeitet mit dem alten Stamm aktiv nach innen und außen. Elberfeld hat sich ebenfalls in der Arbeit neu umgestellt. In Ronsdorf schreitet die Arbeit langsam voran. Die Genossen planen in kurzer Zeit eine öffentliche Versammlung in Remscheid. In Essen sind neue Genossen hinzugekommen. Die Zahl der Arbeitenden hat sich erhöht. Die Aktivität der Gruppe ist gut. Die Berichte der übrigen Gruppen lauteten ähnlich. Köln. Hier hatte die Konferenz eine schon lange umstrittene Streitfrage zu klären. Die KAP. und KAJ. stand im Gegensatz zur AAU., die im reformistischen Fahrwasser segelte. Die Partei und die Jugend sind äußerst aktiv, während die Union in Passivität verharrt. Der BAA. hatte nun als rechtmäßige Gruppe die Union Köln anerkannt. Die Partei und Jugend forderten nun von der Konferenz eine klare Entscheidung, wer zukünftig zur Union gehören soll. Da der Delegierte Kölns sich in einer eines revolutionären Arbeiters unwürdigen Art benahm, wurde er von der Konferenz entfernt und ein Ausschlußantrag gegen ihn gestellt. Den übrigen Unionsgenossen in Köln empfiehlt die Konferenz, sowiet sie es ehrlich mit der Revolution meinen, sich der von der KAP. und KAJ. gebildeten Unionsgruppe anzuschließen.

Die Bezirksleitung mußte von Barmen verlegt werden. Sie soll auf Beschluß der Konferenz von den Gruppen Barmen, Elberfeld und Ronsdorf neu gebildet werden. Dem bisherigen BAA. sowie Kassierer wurde Entlastung erteilt.

Es wurde dann noch die Frage des „KAZ"-Vertriebs sowie die Zusammenarbeit mit der Partei besprochen. Alle Unionsgenossen sollen „KAZ"-Leser sein, die jetzt mit einem besonderen Teil für Rheinland-Westfalen ausgestattet wird und hierdurch eine bessere Verbreitung bei den Arbeitern möglich ist. Am Sonntag, den 16. November findet eine kombinierte Bezirksleitungs-Sitzung aller drei Organisationen mit allen Referenten statt, die sich mit der aktiven Antiwahlarbeit befassen soll.

Es wurden unter Punkt V, Vruk, noch die schwebenden Fragen erledigt. Alle Gruppen müssen mehr als bisher ihre proletarischen Pflicht genügen und Solidarität üben.

Hiermit fand die Konferenz ihr Ende. Sie hat ein großes Teil wichtiger Arbeit erledigt. Auch hat sich gezeigt, daß noch schlechte Elemente in der AAU. sind, die unbedingt ausgemerzt werden müssen. Die Konferenz brachte die Kraft aufdenjenigen Schädlinge sofort aus ihren Reihen zu entfernen. Die kommenden Kämpfe werden die AAU. Roter Ruhrmenschen schmieden und alle Halbheiten entfernen. Den Genossen der KAPD. und KAJ. fällt die Aufgabe zu, die Genossen der Union zu schulen und der Union Führer im Kampfe zu sein. An der Arbeit Genossen, unsere Stunde hat geschlagen, lassen wir unsere Idee zur Tat werden.

Mitteilungen

Reich

Rheinland-Westfalen.

Am Sonntag, den 16. November 1924 vormittags 9 Uhr, findet in Essen eine

kombinierte Sitzung

der Bezirksleitungen der Partei, Union und Jugend sowie der Referenten statt. Eingeladen sind dazu ferner alle Funktionäre der Ortsgruppen.

Tagesordnung:

1. Politische Lage und unser Antiwahlkampf.
2. Organisierung des Antiwahlkampfes.

Nach Schluß der Sitzung findet eine Zusammenkunft aller Jugendgenossen statt mit dem Thema: Praktische Jugendarbeit im Industriegebiet.

Wir erwarten, daß alle in Frage kommenden Genossen unbedingt erscheinen.

Ortsgruppe Groß-Berlin

Achtung! Bezirksobleute!

Wegen der Reichskonferenz fällt die Sitzung der 22er Kommission am 19. Novemb. (47. Woche) aus. In den Bezirken findet lediglich Beitragskassierung und Zeitungsausgabe statt.

Dafür findet am **Mittwoch, den 26. November** abends 7 Uhr, in Lichtenberg, Scharnweber Str. bei Pickenhagen, eine **Funktionär-Versammlung** statt, auf welcher der Bericht von der Reichskonferenz gegeben wird.

Der Arbeits-Ausschuß.

Richtbeitrag.

In der 46. Woche (9.—15. November 1924) beträgt der Beitrag 0,60 Mk. pro arbeitendes Mitglied.

Verloren worden ist am 9. November bei der Veranstaltung in der Stadthalle eine Brieftasche enthaltend einen größeren Geldbetrag, Parteikarte, Ausweisbuch, Militärpaß sowie verschiedene Quittungen und Rechnungen. Der Finder wird gebeten, dieselbe abzugeben: Ernst Fürl, Neukölln, Warthestr. 60.

Redaktion und Verlag: Gustav Lange, Düsseldorf.
Druck: Willy Iszdonat, Berlin O 17, Langestr. 79.

nr 48

B2

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union

(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrgang 5, Nr. 47 — 1924 — Erscheint wöchentlich — Preis 0,15 Goldmark

Die kapitalistische Krise

(Referat auf der 7. Reichskonferenz der AAU.)

Jeder Reichskonferenz und überhaupt jeder Debatte über die politische Lage, die wir innerhalb unserer Ziele vornehmen, muß eine ganz genaue Grundlegung vorausgehen, in der wir zu prüfen haben, ob die Momente, die wir bisher als die Grundlage der gesamten Einstellung der Allgemeinen Arbeiter-Union und Kommunistischen Arbeiterpartei gemacht haben, noch stimmen. Es geht einfach nicht an, auf Grund früherer Beschlüsse die heutige Lage einfach festzulegen und im alten Fahrwasser vollkommen weiter zu segeln, indem man eben nach Art der Epigonen vorgeht und das, was bisher geschaffen ist, als richtig unterstellt, und auf dieser Grundlage weiter arbeitet. Wir müssen immer wieder von vornherein prüfen, ob die Grundlagen, die bisher für die Taktik der AAU. maßgebend waren, noch stimmen, ob sie der objektiven Lage entsprechen. Zu diesen wichtigsten Grundlagen gehört das Moment, ob wir uns heute noch in der Todeskrise des Kapitals befinden oder nicht.

Es ist dabei voraus zu schicken, daß wir das Wort „Todeskrise" nicht einfach in mechanischem Sinne auffassen, sondern daß für uns das Wort **„Todeskrise" ein durchaus dialektischer Begriff** ist, d. h. wir sagen, die Krise, in der der gesamte Komplex der kapitalistischen Wirtschaft sich befindet, ist voraussichtlich von tödlicher Wirkung für den gesamten Komplex. Wir sagen nicht, die Todeskrise ist der Moment, daß heute der Kapitalismus einfach abstirbt. Wir sagen heute nur, daß die Momente so vorhanden sind, daß der Kapitalismus wohl seine Existenz noch hinauszieh kann, genau so wie ein Kranker mehrfach mit Morphiumspritzen sein Leben hinauszieh kann und so zu sagen immer noch existiert, während er in Wirklichkeit eine Ruine ist und überhaupt kein Leben mehr in sich hat. So sagen wir, daß der Kapitalismus vorläufig sehr wohl existiert, aber nicht mehr Leben in sich hat, sondern der heutige Zustand nur eine künstliche Verlängerung darstellt. Das muß bewiesen werden.

Die gesamte Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft in ihrer imperialistischen Form, wie wir sie seit dem Anfang des 19. Jahrhundert in besonders starkem Ausmaße erlebt haben, war bedingt und vorwärts getrieben von der Realisierung des zu kapitalisierenden Teils des Mehrwerts. Dieser zu kapitalisierende Teil des Mehrwerts, wie es Rosa Luxemburg in ihrer Schrift „Die Akkumulation des Kapitals" dargelegt hat, kann nur außerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft von nichtkapitalistischen Schichten und Ländern realisiert werden. Rosa Luxemburg hat insofern die Theorie von Karl Marx erweitert, die allein bewiesen hat, daß der Kampf um den Mehrwert sich abspielt zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten und daß sich in diesem Arbeiten des Einzelkapitalisten auch vollendet die gesellschaftliche Arbeit des Gesamtkapitals. In dieser Beziehung sagt Rosa Luxemburg, daß die gesellschaftliche Arbeit des Großkapitals über diese Arbeit des einzelnen Kapitalisten insofern hinausgeht, als eine Lebensfrage des Kapitalismus ist die Einbeziehung der Abnehmer — und sie betont ausdrücklich nicht von Konsumenten — sondern von Abnehmern in nichtkapitalistischen Ländern und Schichten. Sie geht davon aus, daß dies Abnehmer von Konsummitteln, Rohmaterialstoffen usw. sind, und diese Abnehmer von Konsummitteln sind wieder notwendig zur Steigerung der Gesamtproduktion und Produktionsmitteln. Zur unaufhörlichen Steigerung der Produktivität der Arbeit für diese ist eine schrankenlose Nutzbarmachung sämtlicher Rohstoffe notwendig, denn diese schrankenlose Nutzbarmachung geht eben in der Form des Imperialismus vor sich. Es werden nichtkapitalistische Länder mit Gewalt einbezogen oder, darauf und später noch eingegangen werden, mit verschiedenen anderen kapitalistischen Methoden.

Rosa Luxemburg sagt wörtlich auf Seite 329 des angezogenen Werkes: „Die kapitalistische Produktion ist von Anbeginn in ihren Bewegungsformen auf den Umsatz auf die gesamte Erde als Schatzkammer der Produktivkräfte berechnet. In seinem Drange nach Aneignung der Produktivkräfte zu Zwecken der Ausbeutung durchstöbert das Kapital die ganze Welt, verschafft sich Produktionsmittel aus allen Winkeln der Erde, erfrafft oder erwirbt sie von allen Kulturstufen und Gesellschaftsformen. Die Frage nach den sachlichen Elementen der Kapitalakkumulation, weit entfernt durch die sachliche Gestalt des kapitalistisch produzierten Mehrwerts bereits gelöst zu sein, verwandelt sich vielmehr in eine ganz andere Frage: zur produktiven Verwendung des realisierten Mehrwerts ist erforderlich, daß das Kapital fortschreitend immer mehr den gesamten Erdball zur Verfügung hat, um in seinen Produktionsmitteln quantitativ und qualitativ unumschränkte Auswahl zu haben."

Das ist einer der Leitsätze überhaupt, von denen Rosa Luxemburg bei ihrer Betrachtung der kapitalistischen Wirtschaft und ihres Zusammenbruchs ausgeht. Sie sagt, die kapitalistische Wirtschaft ist an und für sich darauf angewiesen, möglichst viel nichtkapitalistische Länder in ihren Wirtschaftskreis einzubeziehen. Je weiter und je mehr solche Länder einbezogen werden, um so geringer werden die Akkumulationsmöglichkeiten des Kapitals. Sie führt weiter aus, daß heute schon der Kreis der Akkumulationsmöglichkeiten äußerst gering ist, daß der größte Teil der Erde schon vom Kapitalismus erfaßt ist, so daß sich in immer weiterer Steigerung die Krise des Kapitals verstärken muß, je weiter eben die nichtkapitalistischen Länder einbezogen werden. Auf Seite 338 (Zeile 19 von oben) ihres Werkes ist diesem Gedanken folgender charakteristischer Ausdruck gegeben: „Die Lösung liegt, im Sinne der Marxschen Lehre, in dem dialektischen Widerspruch, daß die kapitalistische Akkumulation zu ihrer Bewegung nicht kapitalistischer sozialer Formation als ihrer Umgebung bedarf, in ständigem Stoffwechsel mit ihm vorwärts schreitet und nur solange existieren kann, als sie dieses Milieu vorfindet." Also es muß, immer nach Rosa Luxemburg, dieses Milieu, d. h. das Vorhandensein nichtkapitalistischer Märkte da sein.

Nun haben wir selbst diese imperialistische Entwicklung kennen gelernt und gesehen, daß im Laufe dieser besonders durch den Weltkrieg die sogenannte Aufteilung der gesamten nichtkapitalistischen Formen unter die übrigen kapitalistisch arbeitenden Länder erfolgt ist. Wenn hier vielleicht noch eingeworfen würde, daß dies

Die Kapitalsoffensive

Streik der Elektrizitätsarbeiter?

Berlin, 16. 11. 24. Eine Vollversammlung der Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke nahm Stellung zu dem Lohnverhandlungsergebnis mit der Direktion. Auf Beschluß der Funktionäre ist das bisherige Lohnabkommen gekündigt und neue Anträge auf Erhöhung der Löhne gestellt worden. Die Direktion lehnte jedes Zugeständnis mit der Begründung ab, daß sie Rücksichten nehmen müsse. Die Vollversammlung beschloß nach lebhafter Diskussion, im Augenblick von der Anrufung der Schiedsstelle Abstand zu nehmen, und übertrug die Weiterführung der Lohnbewegung dem Funktionärkörper. Mehrere, aus den einzelnen Werken vorliegende Resolutionen, die es den gewerkschaftlichen Organisationen zur Pflicht machen, auch mit den äußersten Mitteln den Kampf um die gestellten Forderungen aufzunehmen, wurden einstimmig angenommen.

•

Wir rufen den Elektrizitätsarbeitern sowie allen übrigen im Streik und Aussperrung stehenden Klassengenossen zu:

Daß Ihr Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung, daß Ihr die ins Riesenhafte wachsende Verelendung nicht wie geduldige Lämmer ruhig hinnehmen wollt, ist richtig. Doch Ihr müßt Euch über die Aussichten solcher Bewegungen klar sein. Und dies könnt Ihr nur, wenn Ihr aus den zahllosen Erfahrungen der vergangenen Jahre die praktischen Lehren zieht.

Ihr habt schon unzählige solcher Kämpfe mit Erfolg geführt, d. h. Ihr habt schon oft minimale Erhöhungen Eurer Hungerlöhne errungen und sonstige Verschlechterungen abwehren können. Aber wenn Ihr Euch nicht selbst betrügen wollt, müßt Ihr feststellen, daß alle diese Siege nur Erfolge des Augenblicks waren, daß Ihr nach kurzer Zeit schon wieder mit leeren Händen dastandet. Ihr seid nicht nur keinen einzigen Schritt vorwärts gekommen, sondern trotz aller Anstrengungen stets zurückgeworfen worden auf die Linie einer gesteigerten Verelendung. Eure Siege gewerkschaftlichen Kampfes waren nur Trugbilder, nur Scheinsiege, — und sie werden dies auch in Zukunft nur sein!

Und warum diese dauernde Erfolglosigkeit der Lohn- und Arbeitskämpfe? Ihr müßt erkennen, daß der befriedigenden Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, daß der Abwehr der Verschlechterung Eurer Lebensmöglichkeiten heute ganz bestimmte Schranken gesetzt sind, die Euer Aufbäumen einfach nicht überschreiten kann. Das Kapital ist unter dem Druck seines wirtschaftlichen Zusammenbruchs gezwungen, jedes irgendwie gewährte Zugeständnis sofort wieder wettzumachen, indem es die daraus resultierende Verteuerung der Produktion auf die Schultern der arbeitenden Massen abwälzt. Das ist zur Folge eine automatische Verteuerung der gesellschaftlichen Bedarfsmittel, die dann die errungenen Erfolge sofort wieder illusorisch macht. Es gibt heute im Klassenmaßstabe gesehen, keine Sicherung, geschweige denn Verbesserung der proletarischen Existenzmöglichkeiten, denn die Lebensnotwendigkeiten der kapitalistischen Klasse lassen die damit verknüpfte Schmälerung des Profitanteils einfach nicht zu. Die Lebensinteressen der Arbeiterschaft erfordern heute gebieterisch den revolutionären Machtkampf um den Sturz des kapitalistischen Systems, welches allein die Wurzel aller Versklavung ist. Und solange die Proletarier sich nicht zur Führung dieses Kampfes als zielbewußte Klassenarmee formieren, solange werden sie auch vom Sturm der Kapitalskrise trotz aller gewerkschaftlichen „Siege" immer weiter in kapitalistische Barbarei gepeitscht werden.

Gesinnungsterror auf der Marinewerft

„Die **Marinewerft Wilhelmshaven** machte Anfang November durch Tagesbefehl eine Verfügung der Marineleitung bekannt, die auf der Werft Gegenstand lebhafter Erörterungen ist. Die Verfügung, nach der Arbeiter, die eine verfassungsfeindliche Gesinnung haben, entlassen werden sollen, hat folgenden Wortlaut:

Entlassung von Arbeitern mit reichsfeindlicher Gesinnung.

Auf Grund einer Verfügung der Marineleitung wird darauf hingewiesen, **daß Arbeiter, bei denen feststeht oder festgestellt wird, daß sie einer politischen Partei angehören, die sich den Umsturz der verfassungsmäßigen Staatsform des Deutschen Reiches zum Ziele gesetzt hat, im Betrieb der Marinewerft nicht geduldet werden können,** weil es nicht zu vermeiden ist, daß die auf der Marinewerft beschäftigten Arbeiter mit Militärpersonen in Berührung kommen, und dadurch die Gefahr der Zersetzung der Schiffsbesatzung oder Truppe, der Beeinflussung der übrigen Arbeiter, der Spionage, der Vorbereitung von Waffen- und Munitionsdiebstählen usw. besteht. Solche Arbeiter werden nach Bekanntwerden ihrer politischen Gesinnung mit der tariflichen Kündigungsfrist entlassen. Das Recht des Einspruches gegen ihre Entlassung steht solchen Arbeitern gemäß § 85 Abs. 1 in Verbindung mit § 67 des Betriebsrätegesetzes nicht zu."

•

Dieses Gesinnungsverbot auf der Marinewerft, welches die Verfassung des „freiesten Volkes der Welt" in ihrer ganzen Schönheit so drastisch enthüllt, kommt uns keineswegs überraschend. Wir finden es ganz in der „Ordnung" (d. h. in der kapitalistischen Unordnung), daß die den deutschen „Staatsbürgern" vor fünf Jahren feierlich zugestandenen kümmerlichen Rechte nur auf dem versiegelten Kanzleipapier existieren, und daß die herrschende Profitbourgeoisie mit allen Mitteln Front macht gegen diejenigen Arbeiter, welche bewußt die Zwingburgen dieser „vollendeten Demokratie" sturmreif machen wollen. Dieser rücksichtslose revolutionäre Klassenkrieg läßt sich leider nicht aufhalten durch die Zwirnsfäden, welche die Wächter einer zum Untergange verurteilten Gesellschaft in ihrer Ratlosigkeit über das Kampffeld ziehen.

Ob den Proletariermassen, denen ja jetzt auf dem parlamentarischen Jahrmarktsrummel die Weimarer „Errungenschaften" wieder marktschreierisch angepriesen werden, nun bald zum Bewußtsein kommt, daß es nicht ihre Aufgabe sein kann, mit Stimmzettel und Gewerkschaftsdisziplin das Leben der demokratischen Aushungerungs-Republik zu verlängern?

kriegszeit. Seine Entwicklungstendenz ist international, die ersten drei Organisationsformen verdrängend, aufsaugend.

Abgesehen von den Kriegs- und Inflationsgebilden, die größtenteils verschwunden, oder im Absterben begriffen sind, sind es heute in Deutschland zwei Organisationsgruppen, die durch die ökonomische Notwendigkeit geformt werden: Die genossenschaftlichen Kartelle und die kapitalistischen Konzerne. Die ersteren, hauptsächlich die Verbindungen der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Konsumvereine erfüllen die oben zekennzeichneten Aufgaben der Syndikate und Kartelle auf ihrem Gebiet. Die Konzerne, wie sie der Kapitalismus der nächsten Zukunft als Herrschaftsform über Staat und Gesellschaft erstrebt, sind erst in in ihren Umrissen erkennbar. Die Unmöglichkeit, Absatzgebiete zu erschließen, die vorhandenen rationell auszunützen, die kostspielige Konkurrenz gegeneinander auszuschalten, Rohstoffe, Halb- und Fertigindustrie in Einklang zu bringen, sind ihre Triebkräfte. Die Unterdrückung des Proletariats bis zum Weißbluten, Stillegung ganzer Industrien Herrschaft über Staat und Gemeinden, sind Folge und Voraussetzung.

Wie die Wirtschaftskrise 1900–1902, eine Ueberproduktionskrise, den damals noch in den Kinderschuhen steckenden nationalen gesellschaftlichen Kapitalismus mächtig vorwärts trieb und die Syndikats- und Kartellpolitik mächtig förderte, zwingt die heutige Unterproduktionskrise den ausgeglosen Ueberkapitalismus zur internationalen Vertrustung und Konzernierung. Was organisierter Massenmord und die höchste Mordtechnik, die Vernichtung Millionen Proletarier, materieller und Kulturwerte von unermeßlichem Ausmaß, die Vernichtung ganzer Länder nicht zustande brachte, bringt die eherne Notwendigkeit des Kapitalismus mit „friedlichen" Mitteln fertig. Hauptsächlich sind es die Kohlen-, Eisen- und chemische Industrie, die heute schon international ineinanderfließen. Hier wieder ist es die Trustform: die Konzernform vollzieht sich mehr unter der Oberfläche, dem Fernstehenden unsichtbar.

Deutlich erkennbar, wenn auch nicht in vollem Umfang, sind die nationalen deutschen Trusts: Stinnes, Thyssen, Klöckner AEG. etc. Auf diesen vertrusteten Unternehmen wieder baut sich eine neue Organisation auf, sie sind durch ein neues Kartellsystem miteinander verbunden. Z. B.: das Ruhrkohlensyndikat, das Kalisyndikat, der Roheisenverband und die gegenwärtig in Bildung begriffene Rohstahlgemeinschaft sind derartige Trusts zusammenfassende Kartelle. Diese nationalen Kartelle wieder suchen internationalen Kontakt; Interessenverkettung sowohl wie eine direkte Vertrustung. Ein derart vollzogener Vorgang ist die Verkoppelung mit deutscher Ruhrkohle und französischen (lothringischem) Erz.. Hierauf wieder gründet sich das im Werden begriffene internationale Eisenkartell, über das ebenfalls gegenwärtig zwischen dem französischen Hüttenkomitee und deutschen Trustmagnaten verhandelt wird.

In erster Linie sind diese Vorgänge Gemeinschaften des deutschen mit dem französischen Kapital. Das „vaterlandsliebende" deutsche Schwerkapital flüchtet unter die Fittiche des französischen Kapitals, wobei es die Ruhrkohle und deren Koks den französischen Erzen dienstbar macht. England steht vor der Hand noch abseits. England ist ein großer Abnehmer dieser mitteleuropäischen (deutschen, französischen — einschließlich der polnischen — belgischer) vertrusteter Großproduzenten, aber auch ein ebenso großer Konkurrent. Außerhalb des internationalen Eisenkartells ist die englische Schwerindustrie ein gefährlicher und verderbenbringender Feind. Mit seinen 2 Millionen, arbeitslosen, lohndrückenden Proletariern, mit seiner besseren Technik und seinem guten Transportapparat, muß die vertrustete deutsch-französische Industrie unbedingt rechnen. Keiner der beiden Rivalen kann sich einen Konkurrenzkampf leisten. Der bewaffnete, wie der Handelskrieg um die Absatzgebiete könnte sehr leicht (richtiger nur) mit der proletarischen Revolution enden. Also auch die englische Schwerindustrie muß notgedrungen in die europäische Trustgemeinschaft des Schwerkapitals münden. Dies setzt aber voraus, daß die schon kartellierten (französisch-belgisch-deutschen) Industrien freiwillig auf einen Teil ihres Absatzes nach England zu Gunsten der englischen Schwerindustrie verzichten. Das bedeutet die Ausschaltung weiterer hunderttausender Proletarier aus dem Produktionsprozeß. Ein weiterer Massenhinauswurf von Proletariern muß notgedrungen erfolgen durch die Vereinfachung des Produktionsprozesses dieser internationalen Industrieorganisation. Denn es ist schließlich der Hauptzweck derselben.

Die Konturen zweier organisierter industrieller Kontinente sind deutlich erkennbar: Europa kontra Amerika. Amerika aber hat den europäischen in der Hand, als Kapitalgeber. Während in der Vorkriegszeit der europäische Kapitalismus durch seine Kapitalexporte aus Amerika Renten zog, ist es heute umgekehrt. Das Mark und Blut der im Produktionsprozeß verbleibenden europäischen Proletarier fließt künftig in die Kassenschränke der Dollar-Milliardäre. Die hohe amerikanische Technik wird es dem europäischen Kapitalismus nicht leicht machen, in den Weltmarkt zu dringen, denn das Gegenteil ist der Zweck der amerikanischen Geldgeber. Es gibt also in Wirklichkeit (resp. in Zukunft) nur einen einzigen Kapitalismus, der in Amerika thront und in Europa seine Sklavenhalter besitzt.

Was hat das Proletariat diesem internationalen Kapitalismus entgegenzusetzen? Seine Internationalen sind Verbindungen der Parlamentarier und Führer, deren Sein auf Leben und Tod an das gegenwärtige System gebunden ist. Ihre Existenz ist Folge und Voraussetzung dieser internationalen Kapitalsorganisation. Seinen Untergang als Klasse wird das Proletariat nur aufhalten können, wenn es sich in den Ausbeutungswerkstätten zusammenschließt, wenn es aus seinen Reihen die Organisation schafft, die es, erst national und darüber international zu einer Kampfgemeinschaft formt.

Ausland

Der Eisenbahnerstreik in Oesterreich

In Oesterreich meuterten wieder einige Schlavenbataillone. Der Hunger trieb die Eisenbahner auf die Straße. Das schöne Sanierungswerk drohte in die Brüche zu gehen. Eine Einheitsfront, wie sie Oesterreich noch nicht gesehen hatte, stand gegen die Streikenden. Die Christlich-Soziale (Pfaffen) Regierung legte ihre Aemter nieder und rief alles, was vom Schweiß und Blut der Proletarier lebt, auf die Schanze gegen die „Einzelnen", „die keine Opfer für den Wiederaufbau des Vaterlandes bringen wollen". Der Zusammenbruch der Wirtschaft, der Valutastabilisierung, kurz, das Chaos, wurde dem Spießertum in den schwärzesten Farben an die Wand gemalt. Faschist und Pfaffe, Unternehmer und Gewerkschaftsbonze, Arm in Arm gegen die Störer der Ruhe und Ordnung. Schneller als das Kapital und seine Sozialdemokraten es sich dachten, gelang es den Gewerkschaften, die Eisenbahner in die Knie zu zwingen. Ein Zugeständnis über die vor dem Streik gemachten, erhielten die Eisenbahner nicht. Das Streitobjekt blieb ungefähr eine halbe Million Mark für die ganzen Eisenbahner, für die ganze Republik. Die zurückgetretene Regierung und der zurückgetretene Eisenbahnpräsident, behaupteten, daß nach deren Bewilligung Staat und Wirtschaft zusammenbrechen müßten Trotzdem begriffen die Eisenbahner nicht, welche Macht sie verkörperten. Sie begriffen nicht, daß sie bei einiger Ausdauer das Gesamtproletariat auf ihre Seite, zur Tat gegen das alte morsche System bringen konnten. Sie machten ihren Totfeind, die Gewerkschaften, gegen deren Willen sie in den Streik traten, wieder zu ihren Führern. Noch nie in der Geschichte der Arbeiterbewegung, selbst nicht in Deutschland unter dem System Noske-Legien, ist gegen ahnungslose Proletarier von den Gewerkschaften ein so heimtückischer und perfider Verrat verübt worden, als bei der Abwürgung dieses Streiks.

Der Streik beweist uns aber trotz alledem, daß die Gewerkschaftsdisziplin in Oesterreich bedeutend im Schwinden ist. Ja, daß große entscheidende Massen des österreichischen Proletariats die „freien", d. h. die sozialdemokratischen Gewerkschaften schon verlassen haben. Die österreichischen Proletarier sind aber — in Auswertung ihrer sozialdemokratischen „Schulung" — im Faschismus unterzetaucht. Der zurückgetretene Kanzler gab vor den Pressevertretern die Erklärung ab, daß **„der Streik durch unerfüllbare Forderungen der nationalsozialistischen** (völkischen) **Verkehrsgewerkschaften herbeigeführt ist** und **daß es nicht gelang, durch ein Abkommen mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften den Streik zu verhüten." (!)** Die Proletarier sind wohl den faschistischen Phrasen erlegen, kümmerten sich aber nicht um deren „Vaterlandsrettung" und warten dem Staat den Krempel vor die Füße. Im Parlament wagten es wohl die Christlich-Sozialen (Zentrum-Deutschnational) dem Vorgehen der Regierung zuzustimmen, die Großdeutschen (Völkischen) dagegen waren in der Zwickmühle und erhoben „Einwendungen". Sie können, gemäß ihrer Aushaltung durch das Kapital nicht für die Eisenbahner eintreten, aber auch nicht gegen sie, um die Schäfchen nicht wieder zu verscheuchen.

Nachdem den sozialdemokratischen Gewerkschaften die Verhinderung des Streiks nicht gelungen war (teils, weil die Eisenbahner entscheidend völkisch organisiert sind, teils, weil sich auch die Mitglieder der „freien" Gewerkschaften nicht als Streikbrecher benutzen ließen), stellten sie sich nach bekanntem Muster „an die Spitze der Bewegung". Sie konnten sich auf die Mitarbeit der faschistischen Führer verlassen, hatten diese an der Abwürgung doch dasselbe Interesse als die Sozialdemokraten Die von vornherein befolgte Taktik beweist uns sofort, daß der Streik unter „kundiger gewerkschaftlicher Leitung" stand. Während die Angestellten der elektrischen Fernbahnen in den Sympathiestreik traten, gelang es den Gewerkschaften, dem Streik schon bei Beginn den Todeskeim einzuimpfen. Auf den Lokalstrecken, d. h. auf den Wiener Stadt- und Vorortbahnen und auf den Strecken nach den Industrieorten wurde mit den Gewerkschaften ein „Notverkehr für Arbeiter und Angestellte" vereinbart. Ferner wurde der Verkehr „leichtverderblicher Güter und Lebensmittel" zugelassen und die Beförderung von Kohlen, Schließlich, was für gewerkschaftlich „geschulte" Proletarier selbstverständlich ist, verkehrten die Züge, die die Parlamentarier beförderten! Bei diesem „Streik", so sollte man meinen, könnten Kapital und Regierung ruhig warten, bis die Eisenbahner wieder kommen. Es gibt aber noch andere Gewerkschaften, die ihre Nützlichkeit bei dieser Gelegenheit beweisen mußten. Die Postgewerkschaften, die ebenfalls um Lohnerhöhungen schachterten und abgewiesen wurden, ordneten an, daß ihre Mitglieder unter Protest — weiterarbeiteten. Noch mehr. Mit Zustimmung dieser Gewerkschaften und denen der Eisenbahner wurde ein Automobilverkehr für den Zeitungstransport eingerichtet! Gleichfalls wurde für die „ausländische Brief- und Zeitungspost" über das ganze Land ein Postkraftwagen-Netz geschaffen. Da die Post arbeitete, ist es sicher, daß auch die inländische Post befördert wurde. Dieser gewerkschaftliche „Kampf" hat aber noch schönere Seiten. Wozu gibt es wohl eine Gewerkschaftsinternationale? Selbstverständlich der Internationalen Solidarität wegen. D. h. wegen der Solidarität zwischen den Gewerkschaften unter sich und dem Kapital gegenüber. Mit Zustimmung der deutschen und schweizerischen Gewerkschaften wurde nämlich sofort bei Beginn des „Streiks" der Personen- und Güterverkehr, der aus Deutschland über Oesterreich nach Italien geht, über die Schweiz geleitet! Der übrige Frachtverkehr wird mit den „Internationalen Brüdern" in gleicher Weise geregelt worden sein. Dann setzten sich die Gewerkschaften hin und „verhandelten". Unter diesen Umständen konnte der Präsident der Bundesbahnen mit ruhigem Gewissen erklären: **„An eine baldige Beilegung des Streiks glaube ich nicht".**

Und es gibt Proletarier, die von den Gewerkschaften noch nicht kuriert sind!

Aus den Gewerkschaften

Kaminplauderei und Geständnisse

Was die „Metallarbeiter-Zeitung" ihren „Kindern" erzählt.

Der Jahrestag der deutschen November-„Revolution" war selbstverständlich für alle sogenannten Arbeiterorganisationen ein Anlaß, die ungeheuren „Errungenschaften", die diese Bewegung der Arbeiterschaft beschert hat, entsprechend zu feiern. Dieser Aufgabe konnten sich natürlich auch die Gewerkschaften nicht entziehen. Schon gegenüber den weltdisziplinierten Verbandsmitgliedern war es notwendig, die Bedeutung des 9. November 1918 in der Presse zu inflandieren. Bei dem bekannten klassenverräterischen Verhalten der freigelben Gewerkschaften zur revolutionären Bewegung des November 1918 ist es jedoch keine äußerst schwierige Aufgabe für die Herren Redakteure, Redakteure, eine geschichtlich einwandfreie Stellung zu den Resultaten und Lehren des 9. November einzunehmen.

Was dann bei solcher Zwitterstellung allenfalls herauskommen kann, zeigt drastisch die „Metallarbeiter-Zeitung" in ihrer Nr. 45. Dort hat es Fritz Kummer unternommen, den freigewerkschaftlichen Metallarbeitern die Novembertage ins Gedächtnis zurückzurufen. „Das war ein Tag, der 9. November von 1918! Wohl dem Geschlechte, dem es vergönnt war, den lichtesten Tag der deutschen Volksgeschichte zu erleben", — so beginnt der November-Artikel des Metallarbeiter-Organs. Klingt dieser Anfang schon ziemlich drollig, so kommt es aber noch weit besser. Monsieur Kummer ist anscheinend von dem „hervorragenden Anteil" der „bewährten" Organisationen an der November-Bewegung heute noch so berauscht, daß er sich in die Welt einer späteren Generation versetzt fühlt. Denn einige Absätze seines Artikels beginnen z. B. mit folgenden niedlichen Sätzen: „So etwa wird man dermaleinst unsern Kindern den Zustand vor dem 9. November 1918 schildern . . .", „Und weiter wird man unsern Kindern berichten . . .", „So dann werden die entsetzt lauschenden Kinder einer freieren Zeit begierig fragen . . . In diesem Stile schildert die „Metallarbeiter-Zeitung" ihren gläubigen Lesern die „Erlösung" des 9. November. Keine Spur davon, die geschichtliche Entwicklung aufzuzeigen, geschweige denn, die Lehren für die Arbeiterklasse aus den Novembertagen zu ziehen.

Das ganze liest sich wie eine Plauderei an französischen Kaminen, romanhaft-unterhaltend: es ist eher eine Predigt eines Großvaters, der seine heranwachsenden Enkelkinder vor Verübung toller Jugendstreiche warnt und ihnen das Grausen beibringen will. Es ist bezeichnend, daß die Gewerkschaftsbosse ihre Mitglieder schon als geistig so tief stehend einschätzen, daß sie zu ihnen nur noch wie zu „entsetzt lauschenden Kindern" sprechen. Ein Körnlein Wahrheit liegt allerdings drin, denn der Gewerkschaftskampf gleicht ja mehr dem Gebaren eigensinniger, unbeschreibbarer Kinder, als wie dem zielbewußten Klassenkampf proletarischer Männer.

Doch der Feder Fritz Kummer's ist in einem unbewachten Augenblick ein wichtiges Geständnis entschlüpft, welches die „Kinder" vielleicht übersehen, schon aber festgehalten werden muß, da es überhaupt das Wertvollste an der ganzen Novemberplauderei ist. Betreffs des Wiedererstarkens der „Reaktion" weiß der Metallarbeiter-Redakteur nämlich folgendes zu erzählen:

„Und die **industriellen Unterdrücker**, die der Gutmütigkeit des Arbeitervolkes, der einfach unfaßbaren, nicht traten, hielten eine **Versicherung für alle Fälle** geboten: **sie schufen die Arbeitsgemeinschaft mit den freien Gewerkschaften. . .! Als dann, dank der Arbeitsgemeinschaft, die Industriellen heil über die gefahrschwangere Zeit hinweg und zu frischer Stärke gelangt** waren, wurden die gewerkschaftlichen Partner mit echtem industriellem Danke abgelohnt."

Dieses in der Kaminplauderei der „Metallarbeiter-Zeitung" wie in einer Nußschale verborgene Geständnis ist wirklich köstlich. Jawohl, die Arbeitsgemeinschaft war vor sechs Jahren mit der wichtigste Rettungsanker des Kapitalismus, sie hatte für die bedrohte Bourgeoisie die Bedeutung einer „Versicherung für alle Fälle". Und die freien Gewerkschaften haben der herrschenden Ausbeutersippe diesen rettenden Beistand tatkräftig geleistet und sind deshalb in höchstem Maße mitschuldig an der späteren Entwicklung. Heut, wo das Kapital dank der damit erreichten politischen Festigung die alte Form der Arbeitsgemeinschaft nicht mehr braucht, stehen die „gewerkschaftlichen Partner" klagend vor der Tür und greinen über den schnöden „industriellen Dank". Ja, ja, „Undank ist der Welt Lohn". — —

Wie wird wohl der nächste November-Artikel der „Metallarbeiter-Zeitung" aussehen? Aber vielleicht sind dann die Gewerkschafts-„Kinder" schon zu Männern, zu Klassenkämpfern herangereift, die dann mit ihren Großvätern eine Sprache reden, welche mit der Kaminplauderei eines Fritz Kummer nicht das geringste mehr zu tun hat.

„Zurück in die Gewerkschaften"

Der „Vorwärts" der KPD. ins Stammbuch.

Der sogenannte Weltkongreß der kommunistischen Internationale nahm in der Gewerkschaftsfrage folgende Resolution an:

Der Weltkongreß stellt fest, daß die Haltung Schumachers und Genossen den Kongreßbeschlüssen zuwiderläuft. Die Entfachung der Austrittsbewegung war revolutionär schädigend, weshalb sie der Kongreß verurteilt. Der Weltkongreß fordert die Arbeiter auf, in die Gewerkschaften zurückzukehren, da die Gewerkschaften Sammelbecken aller Werktätigen sind und ein Verlassen derselben Desertation bedeutet.

„Was werden nun die deutschen Gewerkschaftspalter tun? Was werden die Unionisten, die abgespaltenen Bauarbeiter, Metall- und Bergarbeiter, die Arbeiter der chemischen Industrie, des graphischen Gewerbes, der Holzindustrie, die Kupferschmiede usw. tun, die unter das moskowitische Sternenbanner in mehr oder weniger bedeutungslosen Organisationchen zusammengetrommelt wurden? Es wird den Machern der Spaltung sicherlich nicht leicht sein, ihrer Feldherrrolle zu entsagen. Aber was wird ihnen sonst wohl übrig bleiben? **Ohne die Unterstützung Moskaus können sie sich keine vier Wochen halten.** Einfach gelb werden, was für manche von ihnen nur eine Art Verjüngung wäre, offen zu den Unternehmern übergehen, denen allein die Spaltung genutzt hat, da würden sie von dem größten Teil ihrer Anhänger in Stich gelassen werden. Die Verzweiflung der deutschen Spalter angesichts der neuen Schwenkung, die ihnen von Moskau befohlen wird, kommt in der Erklärung zum Ausdruck, die Gebhardt namens der deutschen Delegation abgab und die wir nach dem Bericht der „Roten Fahne" wiedergeben:

Gebhardt erklärt, daß die deutsche Delegation den Zeitpunkt für Versuche zur Herstellung der Einheit in der Gewerkschaftsbewegung im internationalen Maßstabe für zweckmäßig hält. Die Aktion müsse gründlich vorbereitet werden. Diese Erklärung bedeute keineswegs, daß zwischen der KPR. und der KPD. bezüglich der Gewerkschaftspolitik und der Gewerkschaftstaktik Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die deutsche Delegation hofft, daß die erweiterte Exekutive eine deutschen Erwartungen befriedigende Lösung finden werde.

Denn die Formalitäten sollen noch von der erweiterten Exekutive festgelegt werden. Soweit die deutschen Gewerkschaften in Frage kommen, halten wir es für selbstverständlich, daß ihre Tore weit offen bleiben, soweit es sich nicht um Leute handelt, die wegen ihrer Handlungen ausgeschlossen werden mußten. Aber auch hier wird man gut tun, unter Anwendung der nötigen Vorsichtsmaßregeln nach dem Grundsatz zu handeln, daß über einen reuigen Sünder im Himmel mehr Freude herrscht, denn über neunundneunzig Gerechte.

Die Erbitterung der deutschen Kommunisten kann man nachfühlen. Auf Anordnung von Moskau ist die Spaltung in die Wege geleitet und vollzogen worden. Und nicht etwa in Deutschland allein. In Frankreich, in der Tschechoslowakei, in Spanien, überall wo Moskau glaubte, mit der Spaltung dem Sozialismus und der Gewerkschaftsbewegung ernsthaft Abbruch zu tun — und darum allein und nicht etwa um die Bekämpfung des Kapitals handelt es sich — ist die Spaltung angeordnet und vollzogen worden. Aber nur die deutschen Kommunisten werden geäffelt. Ihnen allein mutet man zu, zu verbrennen, was sie angebetet, und anzubeten, was sie verbrannt haben. Wirklich, die deutschen Kommunisten können einem leid tun.

Theorie und Praxis der KPD.

Einige Mitglieder des Zimmerer-Verbandes, die von der KPD. mit dieser Gewerkschaft zusammen „erobert" wurden, sprachen uns gegenüber ihre Verwunderung aus, daß die Theorie der KPD. so ganz anders ist als deren Praxis. Auf den Arbeitsnachweisen z. B. propagierten ihnen die Funktionäre der Partei die Verweigerung der „Pflicht"arbeit. Als sie aber diese Parteiparole befolgten, kamen andere Funktionäre und verweigerten ihnen im Auftrage derselben Partei — die Unterstützung! Die Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaft versteht sich. — — Dicht beieinander wohnen die Gedanken, hart im Raume stoßen sich die Sachen.

Mitteilungen

Ortsgruppe Groß-Berlin

Richtbeitrag.

In der 47. Woche (16.—22. November 1924) beträgt der Beitrag 0,60 Mk. pro arbeitendes Mitglied.

Klar und unerschrocken für den Gedanken des Kommunismus wirkt die

K·A·Z

Die Kommunistische Arbeiterzeitung erscheint Montags und Donnerstags

Redaktion und Verlag: Gustav Lange, Düsseldorf.
Druck: Willy Iszdonat, Berlin O 17, Langestr. 79.

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union

(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrgang 5, Nr. 48 1924 | Erscheint wöchentlich | Preis 0,15 Goldmark

Proletarier, wollt Ihr abermals Eure Sache an die Profit-Demokratie verraten?

Arbeiter! Klassengenossen!

Zum zweiten Male in diesem Jahre rufen Euch die Sachwalter der deutschen Profit-Demokratie zur Ausübung Eurer „höchsten und heiligsten Staatsbürgerpflicht" an die Wahlurne. Die Bourgeoisie — als ökonomisch herrschende und deshalb politisch-ausschlaggebende Gesellschaftsklasse — hat vor wenigen Wochen den Reichstag nach Hause geschickt, da ihre parlamentarischen Untergebenen in monatelangem Feilschen um die Regierungsumbildung sich unfähig zeigten, den „Willensausdruck des souveränen Volkes" vom 4. Mai in ein greifbares politisches Resultat umzumünzen. Ihr, die Millionenmasse der Ausgebeuteten, sollt am 7. Dezember erneut eine „Reifeprüfung" ablegen: in Eure Hände ist abermals das „Schicksal der Nation" gelegt; durch Eure „Entscheidung" mittelst des Stimmzettels soll nun der Regierungskarren der kapitalistischen Ebert-Demokratie aus dem Dreck gezogen werden.

Aber für was sollt Ihr Euch denn entscheiden?

Die Geschäftigsten in der buntscheckigen Front der Wahlvereine, die demokratisch-„sozialistischen" Heroldе der Stinnes-Republik, die Parteien des Herero-Reichsbanners schreien Euch in die Ohren: „Die Republik ist in der größten Gefahr vor der monarchistischen Reaktion", „die deutschnationalen Revanchepolitiker wollen das mit der Dawes-Erfüllung beginnende Werk des nationalen Wiederaufstiegs zerstören", „deshalb wählt republikanisch: Zentrum, Demokraten oder SPD." Und, Proletarier, Ihr werdet natürlich auch diesmal nicht nur republikanisch, sondern „rot", sozialdemokratisch wählen, oder, soweit Ihr ganz „radikal" seid, sogar „kommunistisch". Denn, so oder so: „Die Reaktion muß aufs Haupt geschlagen werden".

Sind dies aber nun wirklich die entscheidenden Fragen?

Klassengenossen! Wir sagen Euch: Nein!

Die riesige Flut unzähliger Schagworte und Parolen, welche auf Euch niederprasselt, ist weiter nichts als der größte bisher dagewesene Massenbetrug. Und all der Parolenzauber, der sich in den Haaren liegenden parlamentarischen, Parteien ist nur gelstiges Betäubungsmittel, mit dem Ihr, Proletarier, vom wirklichen Sachverhalt, von den für Euch entscheidenden Kernfragen abgelenkt werden sollt! Denn, Proletarier:

Es geht nicht um „Monarchie" oder „Republik".

Es geht nicht um „Reaktion" oder „Demokratie".

Es geht auch nicht um Annahme oder Ablehnung des Sachverständigen-Planes, darüber haben ja bereits die letzt arbeitslosen „Volksvertreter" das entscheidende Wort gesprochen.

Es geht einzig und allein um die staatspolitische Realisierung der aus der Annahme des Dawes-Gutachtens für das deutsche Kapital sich ergebenden Konsequenzen!

Das heißt: es muß die parlamentarische Grundlage geschaffen werden, für jene starke Regierung, die unter Berücksichtigung der bürgerlichen Profitinteressen alle Lasten der Dawes-Erfüllung mit der ungehemmtesten Rücksichtslosigkeit auf die Arbeiterklasse abwälzt!

Das bedeutet also: Der Wahlkampf steht im Zeichen einer gesteigerten Versklavung und verschärften Knebelung des Proletariats!

Nur darum, Proletarier, geht es am 7. Dezember!

Und diese zur Verwirklichung des Sachverständigen-Gutachtens notwendige unendlich gesteigerte Profit-Diktatur soll sanktioniert werden durch das „allgemeine, freie und gleiche" Wahlrecht der Lohnsklaven selbst!

Ihr selbst, Proletarier, sollt mit Eurer Stimmabgabe die Unterschrift setzen unter den Plan der zügellosesten Unterdrückung und Ausbeutung der besitzlosen Massen!

Ihr sollt Euch Eure Henker selbst wählen!!

Eure Henker: die parlamentarischen Schweißhunde des Kapitals, mit deren Hilfe die herrschende Bourgeoisie nach dem 7. Dezember die Hungerpeitsche mit verdoppelter Wucht auf Euch niedersausen läßt!

Klassengenossen! Kann es nun Eure Aufgabe sein, mit eigner Hand Euch neue Ketten zu schmieden, Euch selbst die Schlinge um den Hals zu legen? Nein!

Könnt Ihr noch etwas gemein haben mit den parlamentarischen Parteien, die allesamt diese Institutionen des bürgerlichen Massenbetruges zu einem ohnmächtigen Scheindasein verhelfen und dadurch nur das Leben dieser Profit-Demokratie verlängern? Nein!

Könnt Ihr Eure Sache den sozialdemokratischen Henkern der Revolution anvertrauen? Jenen Kapitalstrabanten, die Euch den internationalen Pakt Eurer Versklavung als rettenden Ausweg anpreisen? Jenen politischen Falschmünzern, die im Eifer des Wahlgefechts selbst gestehen, daß keine Möglichkeit besteht zur Durchführung der im Reichstag angenommenen sozialpolitischen Anträge? Bei Strafe Eures Unterganges: Nein!

Oder könnt Ihr etwa irgend was gemein haben mit der gleichfalls aus den bürgerlich-parlamentarischen Korruptionskrippen fressenden KPD.? Mit jener „antiparlamentarischen" Massenpartei, die Euch die Köpfe mit reformistischen Illusionen vollgetropft und Eure Klassenkräfte in den Orgeschgewerkschaften an die leibhaftige Konterrevolution fesselt? Mit jener „revolutionären" Partei, die im Interesse des russischen „Nep"-Kapitalismus während des Ruhrkrieges Euch zur Verbrüderung mit den Reventlow-Schlageter-Faschisten aufrief? Dreimal nein!

Beide: die Dawes-Sozialdemokratie und die „Nep"-KPD. sind die letzten Rettungsanker der kapitalistischen Klassen, denn in ihnen herrscht eine klassenfremde parlamentarische Führerbourgeoisie, die auf Grund ihrer gesellschaftlichen Stellung der Feind jeder proletarisch-revolutionären Selbstständigkeit ist. Beide dieser „Arbeiterparteien", deren Mandatsjäger jetzt vor Euch mit Engelszungen die „Notwendigkeit" ihrer Schmarotzerexistenz beweisen, stehen objektiv im Lager Eurer Klassenfeinde, denn ihre gewerkschaftlich-parlamentarische Politik ist im Endergebnis — das beweist ihre Praxis tausendfach — der organisierte Verrat der proletarischen Klasseninteressen! — Sie wählen, heißt deshalb: den bürgerlichen Profitwölfen sich selbst zum Fraße vorwerfen: heißt: Selbstmord begehen!

Was Ihr dann am 7. Dezember tun sollt, fragt Ihr, Klassengenossen?

Sabotiert die Reichstagswahlen!!

Das ist ein erster Schritt zum Anfang Eurer Klassenbefreiung! Ein Schritt, der umso notwendiger ist, je offenkundiger wird, daß die Parlamente nur eine Kulisse der Profit-Diktatur sind, daß die Fundamente der Kapitalsherrschaft und die Wurzeln Eurer Ausbeutung nicht im Parlament, sondern auf ökonomischer Seite: im System des bürgerlichen Privateigentums an den Produktionsmitteln liegen!

Diese Tatsache, Proletarier, weist Euch zugleich auf Eure nächste und dringenste Aufgabe hin:

Ihr müßt organisatorisch und ideologisch brechen mit der Illusionären und klassenverräterischen parlamentarisch-gewerkschaftlichen Kampfesweise und Euch in den revolutionär-antiparlamentarischen Kampfesorganisationen der Allgemeinen Arbeiter-Union und Kommunistischen Arbeiter-Partei zu einer zielbewußten Klassenarmee formieren!

Um mit dieser organisierten Klassengewalt den politischen Machtkampf aufzunehmen gegen die bürgerliche Profit-Demokratie und all ihre parlamentarisch-gewerkschaftlichen Stützen — für die Eroberung der Produktion, für die Aufrichtung der eisernen proletarischen Klassen-Diktatur!

Nur dies steht Euch zur Wahl, Proletarier: gestern, heute und nach dem 7. Dezember erst recht!

Und in diesem revolutionären Klassenkrieg, den Ihr nur selbst mit Herz und Hirn zum Triumpf führen könnt, gilt es auch heut wieder, wie vor sechs Jahre alle Eure Klassenfeinde und gewerkschaftlich-parlamentarischen Klassenverräter in Angst und Schrecken zu jagen mit dem Schlachtruf:

Nieder mit dem bürgerlichen Parlament!
Alle Macht den revolutionären Räten!

Zur Wahl

Nach Annahme der Dawes-Gesetze sollte die deutsche Wirtschaft nun wirklich einer Gesundung entgegengeführt werden. Es wurde allgemein mit dem Einsetzen einer Konjunktur gerechnet. Die Regierung propagierte den Preisabbau, den sie durch eine Steuerreform vorwärts zu helfen gedachte. Alle Parteien waren bestrebt, das Beste für das „Volk" und sein „Vaterland" zu tun. Doch als der Reichstag aus den Ferien kam, war das eingetreten, was schon lange erwartet wurde. Die Regierung soll„ nun an die Parteien, die sich in der Abstimmung tüchtig gezeigt hatten, auch die nötigen Ministerposten verteilen. Da jedoch nicht soviel Sessel vorhanden waren, wie beansprucht wurden, blieb nichts anderes übrig, als die Auflösung, um durch eine Neuwahl ein anderes Verhältnis der Parteien im Reichstage herbeizuführen.

Die Entwicklung der Wirtschaftslage hat sich allerdings zu einer Konjunktur ausgereift, jedoch ist das eine Konjunktur der Konfusion. Ein jeder Unternehmer, jeder Geschäftsmann nimmt das, was ihm am besten in den Kram paßt, für sich heraus. So ist wohl für einzelne Teile die Konjunktur im Ansteigen begriffen. Doch das Preisniveau der deutschen Waren ist noch immer, zumindest zum großen Teil, über den Weltmarktpreisen. Dies ist charakteristisch und bezeichnend für die Dauer dieser Gesundungskonjunktur. Unter diesen wirtschaftlichen Erscheinungen tritt nun die Regierung mit ihrer bombastischen Preisabbaupolitik in den Vordergrund. Es sei nur nebenbei bemerkt, daß der dümmste Proletarier diesen ganzen Spuk nicht ernst nehmen kann, denn er spürt täglich